

Saale-Beitung.

Giebendvierziger Jahrgang.

Anzeigen

weder die Spezialne Kolonialle oder deren Raum mit 30 Wp., solche aus Saale mit 20 Wp. bezogen und in weiteren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, G. Braunstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis: Der Heft vierteljährlich bei postmöglicher Bezahlung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., einschließlich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsbereich unter „Saale-Beitung“ eingetragen. Für unterlagene eingetragene Blätter und für den Bericht übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Beitung“ gestattet. Geschäftsdruck der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Annoncen-Abteilung Nr. 1153.

Nr. 523.

Halle, Freitag, den 7. November

1913.

Der Reichstag im kommenden Winter.

L. L. Der verfloßene Sessionsabschnitt des Reichsparlaments hat vorwiegend den Aufgaben der Rüstungspolitik und ihrer Kostenbedeutung gehört. Es ist darum nur ausgleichende Gerechtigkeit, wenn nunmehr die Forderung erhoben wird, daß der kommende parlamentarische Winter über Mittel und Wege zu finden hat, mit und auf denen Reformen rechtspolitischer, staatspolitischer und sozialpolitischer Natur ihrer Lösung entgegengeführt werden können. Von fortschrittlicher Seite fiel in den Rüstungsdebatten das Wort von der Jubiläumssession an das Volk. Das Wort soll kein Schlagwort bleiben, sondern es ist eine der vornehmsten Aufgaben der Volksvertretung, nachdem man jetzt der äußeren Notwendigkeiten entsprochen hat, sich den inneren Nöten des Volkes zuzuwenden. Gleich am zweiten Tage dürfte sich der Reichstag mit der sozialdemokratischen Interpellation über die Arbeitslosenfrage beschäftigen. Mehr als bei irgend einer anderen Gelegenheit offenbart sich in der Arbeitslosigkeit ein schwerer Notstand des Volkes. Die wachsende Verwertung und die abebbende Konjunktur verärslichen seine Wirkung für die unteren Stände sehr erheblich. Es ist freilich so gut wie ausgeschlossen, daß die Folge der Interpellation die Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung sein wird. Bagnern hat ja jetzt versucht, in enger Umgrenzung die Frage sozialistische Zuläufe an Gemeinbewerksicherungen in Angriff zu nehmen. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß die bayerische Regierung bei ihrer Entscheidung durch die Reichsregierung nicht unbeflügelt war. Will man aber den Boden einer Reichsarbeitslosenversicherung nicht betreten, so muß doch versucht werden, gewisse einheitliche Grundlinien für das Vorgehen der Einflüsse und Gemeinbewerks zu schaffen. Ferner soll das Reich seine Neubaute, besonders die neuwertigsten militärischen Bauten unerschütterlich in Angriff nehmen lassen. Es ist gerade bei dem Rückgang der Neubewilligungen sehr wohl möglich, entscheidend auf den Arbeitsmarkt einzuwirken.

Der Reichstag wird sich auch sonst in diesem Winter gegenwärtig zu halten haben, daß das jubilarische Jahr 1913 das Gedächtnisjahr auch für die sozialpolitischen Kaisererlasse ist. Nun wird gewiß niemand wünschen, daß unsere Sozialpolitik noch weiter in schematisiert und bürokratisiert werde, wohl aber wäre eine Vereinfachung des Versicherungswesens sehr zu wünschen. Der Gedanke der Selbstverwaltung muß in der Sozialversicherung weit aus weiterem Ausmaß gebracht werden als das bisher der Fall war. Eine vornehmste sozialpolitische Aufgabe wird die Schaffung des von fortschrittlicher Seite verlangten einheitlichen Arbeitsrechtes sein müssen. Nebenher werden aller Voraussicht nach das Theatergesetz sowie das neue Patent- und Markenrechtgesetz ihre gesetzliche Neuregelung finden. In diesen Materien steht geradezu eine Fülle sozialpolitischer Aufgaben und Hunderttausende von Angestellten harren auf ihre gerechte Lösung.

Freilich scheint es, als ob die Regierung nebenher beabsichtigt, einige reaktionäre Lieblingswünsche zu erfüllen. So verlangt, daß der Gesetzentwurf gegen die Schmutz- und Schandliteratur gegenwärtig der Bearbeitung im Bundesrat unterliege. Niemand wird gewiß gegen die Zurückdämmung literarischer Entartungen etwas haben, aber man weiß nur zu gut, daß bei solchen Gelegenheiten versucht wird, der Polizei oder den Gerichten ein künstliches Werturteil in die Hand zu geben. Jedemfalls ist es in hohem Maße verdaulich, daß Herr Erzberger den neuen Entwurf rühmt und seine Annahme durch das Zentrum in Aussicht stellt, noch ehe er der Öffentlichkeit auch nur in seinen Grundzügen bekannt ist.

Die Etatsdebatten dürften sich mit dieser Frage der geistigen Rückbildung auf Grund der Erzbergerischen Entschlüsse beschäftigen, auch wenn der Entwurf noch nicht vorliegt. Ebenso wird der Plan einer Vertiefung der materiellen Kultur des deutschen Volkes in den Etatsberatungen eine große Rolle spielen. Hat doch das bekannte Leipziger reaktionäre Wirtschaftstabelle das Signal für die Wiedereröffnung der Debatten gegeben. Freilich sind die Herren in einer Weise vorgegangen, die von ihnen selbst später als ungeschickt empfunden wurde. Aber die Tatsache ist nun einmal nicht zu bestreiten, daß die agrarische Presse einen Kartellschloß, Gemüß- und Obstzölle gefordert hat. Die Vertreter der Linken werden selbstverständlich daraus die Pflicht entnehmen, die Unmöglichkeit und Volksfeindlichkeit dieser Forderungen darzulegen. Gehört doch zu den agrarischen Wünschen auch eine Verpöschung von Milch und Käse, und wie sehr ein solcher anmaßender Wunsch die Volksgesundheit bedroht, das zeigt die massenhafte Säuglingssterblichkeit in den Zeiten hoher Milchpreise.

Das allgemeine politische Interesse wird naturgemäß darauf gerichtet sein, wie der Herr Reichstagskanzler seinen und des Bundesrats Anfall in der Braunshweiger Thronfolge-

frage begründen wird. Wenn die Braunshweiger Angelegenheit auch beim Zusammentritt des Reichstags vollständig geregelt sein wird, so wird doch ihre parlamentarische Erörterung naturgemäß dazu führen, daß unsere konstitutionell zurückgebliebenen Zustände einmal eine grundlegende Besprechung erfahren. Die staatsrechtliche Debatte wird dann von selbst zu jener Frage führen, auf die die Linke im kommenden Winter entscheidende Gewicht legen muß: die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise oder doch wenigstens die Milderung der schismatischen Ungerechtigkeiten in der gegenwärtigen Einteilung! Hier wird der Herr Reichstagskanzler zu beweisen haben, ob er neben dynastischen und höflichen Angelegenheiten auch noch etwas für die Reformwünsche des Volkes übrig hat. Und auch für die Parteien wird diese Frage ein Prüfstein ihrer Volksfreundlichkeit und ihres Gerechtigkeitssinnes sein! X.

Eine „moralische Eroberung“ Preußens.

L. C. Wir hatten es erst nicht für möglich gehalten. Aber die offizielle Befähigung der kaum glaublichen Nachricht traf sehr bald ein. Also es ist wahr, daß dem großen norwegischen Forscher und Südpolarfahrer Roald Amundsen verboten worden ist, in Kienzburg einen rein wissenschaftlichen Vortrag über seine Reisen und Entdeckungen in norwegischer Sprache zu halten. Die Polizeibehörde in Kienzburg hat dieses beschämende Verbot herausgebracht, und der Herr Regierungspräsident von Schleswig hat dieses Verbot bekräftigt. Der Minister des Innern, der wegen der Sache angegangen worden war, wird absehend die Maßregel der Polizei und des Regierungspräsidenten akzeptieren.

Man hätte meinen sollen, daß ein derartiges Verbot, das einen Mann von Ruf und Ansehen, überall Achtung und Ehrfurcht gebührend hätte. Aber leider ist dies nicht der Fall. Wir sehen, daß z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ das Verbot „beredigt“ findet und sich bemüht, die Maßnahmen der schleswig-holsteinischen Behörden als einen Akt selbstverständlicher Wahrung der preussischen Autorität hinzustellen. Wir haben von der preussischen Autorität eine andere und, wir glauben, höhere Auffassung, als daß wir meinen möchten, sie könnte durch den Vortrag eines Gelehrten in seiner Muttersprache gestört werden. Noch niemals ist uns die Kleinlichkeit und Engherzigkeit der preussischen Normenpolitik so sehr zu Gemüt gekommen, wie in diesem Fall.

Der Grund für diese tollkühne Maßregelung des berühmten Norwegers ist natürlich die Befürchtung, daß der in norwegischer Sprache gehaltene Vortrag als eine Förderung der dänischen Sache betrachtet werden könnte. Das agrarische Organ spricht von einem „besonderen Anreiz auf den dänischen Teil der Bevölkerung“ und sogar von einer „staatsfeindlichen Kundgebung auf preussischem Boden“, die der Vortrag des Herrn Amundsen hätte hervorgerufen können. Derartige Vermutungen sind schon beinahe als krankhaft zu bezeichnen. Wie ein Vortrag über die Polarforschung zu einer politischen Kundgebung im antideutschen Sinne ausgenutzt werden könnte, das ist das Geheimnis der Herren von der preussischen Verwaltung in Schleswig und ihrer all-deutschen und sonstigen Freunde in den anderen Teilen des Reiches. Es ist ein bedauerlicher Mangel an Weltanschauung, wenn man einem Manne wie Amundsen, der doch hauptsächlich einen hervorragenden Ruf zu verdanken hat, zumute ist, er könne seine Muttersprache dazu benutzen, um in einem hochachtbaren Lande eine ebenso lächerliche wie geschmacklos politische Demonstration unter dem Gewände einer wissenschaftlichen Veranstaltung begünstigen.

Sehen denn die Herren in Nordböhmen gar nicht ein, daß sie durch die jetzt wiederum geübte Kadelistikpolitik der dänischen Agitation geradezu neue Nahrung geben? Von dem Vortrage des Herrn Amundsen, wenn er in norwegischer Sprache in Kienzburg gehalten worden wäre, hätte wahrscheinlich drei Tage darauf kein Mensch mehr gesprochen. Der nicht gehaltene Vortrag schafft Verwirrung und sorgt dafür, daß Preußen erneut in den Ruf eines Landes kommt, das keine moralischen Eroberungen zu machen beabsichtigt. Der Regierungspräsident Oert hat bei einem Abschiedessen, das gestern zu Ehren des scheidenden Landrats Dr. Prander in Sadersleben stattfand, eine ischur polemische Rede gegen die dänische Agitation gehalten und Gegenmaßnahmen gegen sie angekündigt. Ein ischurisches Vorgehen wird wirklich gegenläufige dänische Agitationen wird kein Mensch in Deutschland tabeln; denn darin stimmen wir dem Regierungspräsidenten bei: die Nordmark ist deutsch und bleibt deutsch. Aber nichts ist verkehrter in einem Grenzlande, als Gefahren und Provokationen von der anderen Seite zu weitem, wo keine vorliegen; und gerade der Stärkere muß keine Vorbehalten des anderen übersehen können und sich nicht von jeder Vapallie zu gemäßigten Gegenmaßnahmen reizen lassen. Der große preussische Staat hat es nicht nötig, in der Nordmark auf die etwaigen dänische Agitationen sofort mit der vollen Wucht zu reagieren; das ungeheure Schwergewicht des Deutschen muß sich um so eher durchsetzen, je gelassener man bei im Endeffekt doch ohnmächtigen dänischen Agitation gegenübersteht. Mit Stillsitzen, wie wir jetzt wiederum eines erlebt haben, wird man freilich weder bei der dänischen Bevölkerung Nordböhmens, noch bei den skandinavischen Staaten moralische Eroberungen machen, und man wird damit auch zur Verhütung der Nordmark keineswegs beitragen.

Die Auswanderung aus Oesterreich.

Aus Wien schreibt man: Das Handelsministerium hat den Mitgliedern des Budgetausschusses im Abgeordnetenhaus einen Bericht über die vorläufigen Ergebnisse der vom Handelsministerium durchgeführten Untersuchung über die Organisation der Auswanderung in Oesterreich vorgelegt. In dem Bericht heißt es:

Die Grundlage der ganzen Organisation des Auswandererwesens bildet das Rederietarell, das unter dem Namen des Atlantischen Zwischen-Pools bekannt ist. In ihrer gegenwärtigen Form läuft diese Organisation darauf hinaus, das oesterreichische Auswandererwesen der im nordatlantischen Dampferlinienverbände unter Führung der großen deutschen Redereien zusammengefaßten kontinentalen Linien zu überlegen und abzulockern einen Einbruch der englischen Linien, denen ihrerseits wieder der britische und skandinavische Verkehr reserviert bleibt, in dieses Gebiet, als daß die Entstehung unabhängiger nationaler Linien von den Häfen der oesterreichischen Auswandererländer aus nach Möglichkeit zu hindern. Die russischen und österreichischen Linien transatlantischer Fahrt sind durch die doppelte Fessel der Poolvereinigung und finanzieller Beziehungen an die deutschen Gesellschaften gebunden. Man billigt ihnen einen bescheidenen Anteil am Verkehr zu, um die Zügelneigigkeit zu verbieten, hält sie aber soweit in Abhängigkeit, daß durch sie die Gefahr einer Ableitung beträchtlicher Teile des oesterreichischen Auswandererstromes von den Nordhäfen nach jenen der atlantischen oder baltischen Rüste nicht eintreten kann und trachtet, sie unter Umständen außerhalb dieses Interzonenkreises zu einschließen. Wie beispielsweise die Austro-Americana im mitteländischen Geschäft nach Amerika, so sind sie nicht nur selbst unabhängig, sondern mit allen ihren Interzonen an den Pool gebunden und für ihn gerade ein Schutz gegen das Aufstehen fremder Konkurrenz.

Dem gleichen Zweck, die oesterreichische Auswanderung zu kontrollieren und dauernd nach den Nordhäfen zu lenken, dient eine zur Vollendung gebliebene Projektion in den Auswandererländern der n. s. l. und n. s. l. und auf dem ganzen Wege bis zu den Einschiffungshäfen. Ihre Häfen laufen in den Bureaus der großen deutschen Redereien in Bremen und Hamburg zusammen, und ihr wichtiges Glied sind die von diesen Gesellschaften auf Grund staatlicher Polizeivorschriften errichteten und geführten Kontroll- und Registrierstationen an der Ditzgenze des deutschen Reiches. Durch diese Stationen wird der ganze Auswandererverkehr geleitet. In den behördlich genehmigten Filialen, welche die Gesellschaft in Oesterreich besitzen, wird nur der geringste Teil des Geschäftes abgewickelt. Der weitaus größte Teil der Auswanderer wird den Schiffsahrtsgesellschaften durch eine Auswandererorganisation zugeführt, die in den mannigfaltigsten Verzweigungen und unter den verschiedensten Formen sich über unsere östlichen Kronländer erstreckt, und eine systematische Auswanderungspropaganda betreibt. Die Träger und Leiter dieser Organisation sind die großen Auswanderungsämtern in den Hafenstädten, wie z. B. in Hamburg, Miskler u. J. in Wien, in Bremen, in Frankfurt a. M., in Antwerpen. Ganz Oesterreich ist bis in die letzte Dorf hinein voll von ihren Agenten und Subagenten. Durch die Vererbung von Rechten und Reklamationshänden, von Konzessionsangeboten und laufenden Briefen Auswanderer wird die geschwindige Auswanderungspropaganda in größtem Maße betrieben, und die Förderung Wehrpflichtiger ohne Ausnahme ist zu einem nach erprobten Methoden und seiteständigen Regeln betriebenen Geschäftszweig geworden. Man geht bis zur Verwendung gebrochener Anmeldegen für den Schmuggel militärpflichtiger Auswanderer.

Der Bericht gibt ferner eine Darstellung der Schwierigkeiten, die sich der Verlängerung des Poolarells entgegenstellen, namentlich betont er die Differenzen zwischen der Hamburg-America-Linie und dem Norddeutschen Lloyd, wodurch nicht nur der Bestand des Generalpools, sondern auch jener des Nordatlantischen Dampferlinienverbandes in Frage gestellt erscheint. Der Bericht sagt darüber weiter:

Es hat fast den Anschein, als ob ein weiterer Schritt auf dem Wege der Konzentration der Schiffsahrtunternehmungen getan, und an Stelle des Pools eine viel weitergehende Interessengemeinschaft der beiden großen deutschen Redereien begründet werden sollte. Da die Austro-Americana durch Ausübung des Optionsrechtes jeden Tag in eine reine Filiale der deutschen Unternehmungen verwandelt werden kann, ist es vom Standpunkt der Staatsverwaltung aus nicht geraten, vorwärtiger Klärung der Verhältnisse einen Schritt zu tun, der sie des Rechtes der Wahl zwischen den atlantischen Schiffsahrtbetrieben und den streitenden Filialen des atlantischen Schiffsahrtbetriebs, von dem Vorteil des Staates und anderer wirtschaftlicher Interessen auszugehen. Eine derartige abwartende Haltung erscheint um so mehr geboten, wenn man sich vor Augen hält, daß die Entwidlung des Verkehrsverkehrs auf dem Gebiete der Seeschifffahrt nicht nur zu immer härterer Konzentration und streiferer Zusammenfassung, sondern auch zu immer härterer Hervortreten des Strebens führt, den Verkehr ganzer Staatengruppen zugunsten einzelner Häfen und Schiffsahrtunternehmungen zu monopolisieren und ihn durch eine kunstvoll aufgebaute Organisation zu beherrschen sowie die Entwidlung der nationalen Schifffahrt in den auf diese Weise kontrollierten Ländern nur innerhalb bestimmter Grenzen und unter bestimmten Voraussetzungen zuzulassen.

Wien, 6. Nov. Im Budgetauschuss berichtete der Abg. Steinwender über die Ergebnisse der Beratungen im Subkomitee betreffend die Schiffahrtangelegenheit und das Auswanderungswesen und wiederholte die bekannten Gründe, welche die Regierung zu den Abmachungen mit der Canal in Pacific und gegenüber dem Poot bemogen haben und erklärte, man könne die Auswanderung nicht abschaffen, sondern müsse sie regulieren und eine Politik betreiben, welche es der Bevölkerung möglich mache, in Oesterreich zu leben. Man dürfe nicht das ganze Geld in der auswärtigen Politik verschleudern, welche die Konjunktur hemme und den armen Leuten das Vaterland verlasse. Er beantragte schließlich die gemeldete Resolution des Subkomitees.

## Gewaltregiment Suanfchikais.

Suanfchikai läßt sich im sicheren Gefühl seiner Macht zu Maßnahmen hinreißen, die ihm drinnen wenig Freunde gewinnen werden. Wie ein absoluter Herrscher ist er durch ein Dekret die Oppositionsarbeit auf und begründet diesen Schritt in der Hauptsache eben damit, daß sie Opposition treibe. Kurze Zeit nach der endgültigen Erhöhung zum Präsidenten fühlt er sich also schon stark genug, die Militärdiktatur aufzurufen. Offenbar zieht er aus den Erfahrungen der zweiten Revolution die Lehre, daß kein noch so geartetes Vorgehen der jetzigen Regierung im Lande gegenfährlichen Widerspruch wecken könne. Wohl möglich, ja wahrscheinlich, daß er für den Augenblick richtig rechnet. Aber in einem erwachenden Lande wie China kann die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Schmälerung der politischen Rechte nur den Anstoß zu neuen, gewalttätigen Erhebungen geben. Der Radikalismus wird sich zunächst durch endlose Verschwörungen bemerkbar machen, und eines Tages wird die heimliche Agitation doch genügend vorgearbeitet haben, um die Fäden des Umsturzes neu neuem zu entschlüpfen.

Die chinesische Regierung hat ein Manifest erlassen, durch das die Kuomintangpartei, die Opposition des Südens, aufgelöst wird und die Sise ihrer Mitglieder für erledigt erklärt werden. Das Manifest begründet diese Maßnahme sehr ausführlich damit, daß der Aufbruch und die fortgesetzte Opposition gegenüber der Regierung jeden Fortschritt aufhalte. Das Manifest hat zwar Aufregung verursacht, doch hat die Regierung, wie der Korrespondent des Reuterschen Bureaus an amtlicher Stelle erzählt, entsprechende militärische Maßnahmen getroffen, ehe sie das Manifest erteilt, so daß sie keine Anruhen befürchtet.

## Deutsches Reich.

### Neubestimmung des Zentrums in der Justiz.

Der „Kolond von Berlin“ bringt eine Mitteilung, die übersehen muß. Er wendet sich gegen den Oberstaatsanwalt des Krupp-Kreises, der allerdings den Fehler begangen hat, eine Reihe von Erklärungen abzugeben, die so mißverständlich gefaßt waren, daß er sie am nächsten Morgen wiederholt kommentieren mußte. Im Anschluß daran wird nun mitgeteilt, daß Oberstaatsanwalt Czegzjinski auf Veranlassung des Zentrums Oberstaatsanwaltschaft geworden sei. Das Zentrum sei so allmählich angeworfen, daß es seinen diesbezüglichen Wunsch durchsetzen konnte.

Die Mitteilung des „Kolond von Berlin“ schießt den Vorwurf einer Nebenregierung des Zentrums im preussischen Justizministerium in sich und es wäre daher wünschenswert, wenn sich die maßgebenden Stellen dazu äußern wollten. Und zwar würde zu diesem Zwecke kaum ein oberflächliches Dementi genügen, sondern man müßte schon etwas Näheres über die besonderen Gründe und Verdienste hören, die den Oberstaatsanwalt Czegzjinski in jene Position gebracht haben, von der allerdings auch noch andere Beurteiler der Meinung sind, daß er sie nicht voll auszufüllen vermag.

**Der Bundesrat arbeitet.** Der Bundesrat übernimmt den zuständigen Ausschüssen den Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu § 9 A. I. des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, Entwürfe von Aufnahme-, Einbürgerungs- und Entlassungsurkunden, sowie von Urkunden zur Befreiung der Staatsangehörigkeit, den Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeitern und jugendlichen Arbeitern in Zigeleien, den Entwurf einer Bekanntmachung betr. Uebergangsbestimmungen für die Krankenversicherung nach der K.V.D. — Beschluß gefaßt wurde über die Festsetzung des Gesundheitszustandes der Brennerer für das Betriebsjahr 1913/14, über die Festsetzung des Durchschnittsstandes und die Regelung der Vergütungspflicht für 1913/14. — Angenommen wurden die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den Wehrbeitrag vom 3. Juli 1913, der Entwurf einer Bekanntmachung betr. die Befreiung vorübergehender Dienstleistungen von der Krankenversicherungspflicht und der Gesundheitserwerb. Veränderung der §§ 56 und 56e der Gewerbeordnung.

**König Ludwig III.** Die offiziellen Feste der Thronbesteigung durch König Ludwig III. werden sich, wie aus München gedrächelt wird, nach den amtlichen Angaben genau so vollziehen, wie wir dies bereits mitteilen konnten. Es findet also am Sonnabend in der Ketschensiedlung des neuen Königs auf die Verfassung statt. Im Landtage verläutet, daß die Eidleistung auf eine Abspaltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion beabsichtigt werde. — Verschleudert ist gemeldet worden, daß hohe Auszeichnungen und Standeserhöhungen mit der Thronbesteigung verbunden sein werden. Die „Münch. Ztg.“ will nun aber wissen, daß überhaupt keine Auszeichnungen aus diesem Anlaß zu erwarten seien.

**Zum Krupp-Projekt.** Am Schluß der Mittwoch-Verhandlung kündigte der Oberstaatsanwalt an, daß er zu Freitag noch einen weiteren Zeugen, den Major a. D. Wangemann, geladen habe. Veranlassung hierzu bot, wie uns mitgeteilt wird, ein in einem eigenhändig geschriebenen Briefe des Direktors Eccius an Herrn v. Rehen vom 13. März 1910 enthaltener Passus: „Ich möchte demnächst nach Berlin kommen, um wieder Erledigungen des Falles Wangemann.“ Major a. D. Wangemann, der früher bei der Artillerie-Prüfungskommission tätig war,

so, so wird behauptet, gegen ein Monatsgehalt von 4000 Mark für die Firma Krupp tätig gewesen sein.

**Die Einienschiffe Kaiser** und „König Albert“, begleitet vom Kleinen Kreuzer „Straßburg“, werden anfangs Dezember zwecks Erprobung auf langer Fahrt eine dreimonatliche Reise im Atlantischen Ozean antreten. Sie besuchen dabei unsere westafrikanischen Kolonien und werden in den südamerikanischen Gewässern ihre Passage zeigen.

**Der Handelsbund und die Regelung des Submissionswesens.** Die Tagung der diesjährigen Handelsamte hat Mittwoch in einer Sitzung des Vorstandes der Submissionszentrale unter Vorsitz des Adjunkten Getrich begonnen. Man kam dahin überein, daß die Mißstände bei der praktischen Durchführung des Submissionswesens nur durch Gesetzgebung behoben werden können. Heute begannen die Verhandlungen des Vorstandes und des Plenums des Einzelhandelsausschusses.

**Dr. Wötter** für das Kartell der Reaktionsäre. Aus Köln wird gemeldet: In einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung besprachen die Abgeordneten Arnicht (Köln), Dr. Hugo Wötter (nassl.) und Professor Spahn (Str.) die Frage der nationalen Wirtschaftspolitik. Ersterer erklärte, die rechtsstehenden Parteien seien mit den Nationalliberalen angewiesen, darauf hinzuwirken, daß die Schutzpolitik in ungeschwächter Form erhalten bleibe. Was die Zukunft anlangt, so stehe der Redner auf dem Standpunkt, daß der gegenwärtige Reichstag immer noch schuldlos sei, und daß keine ernste Gefahr vorliege. Für die Fleischlieferung könne die Landwirtschaft nicht verantwortlich gemacht werden. Die Abwehrmaßregeln hätten bewiesen, daß man vom Auslande keine Hilfe zu erwarten habe. Wötter schloß in Besprechung der wirtschaftlichen Aufgaben folgende Grundforderungen: Staatshilfe sei zu fordern, wenn die Selbsthilfe versage, dem Handel sei ein energischer Schutz zu gewähren, der Mittelstand und die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe seien zu fördern. Wö. Spahn meinte, der Mittelstand müsse aufgefördert werden, damit auch er in die Reihe der Kämpfer mit Industrie und Landwirtschaft eintrete. So biete sich dem Kartell ein wirksames Arbeitsgebiet.

**Merzte und Kassen in Eiddendtschland.** Aus Karlsruhe wird berichtet: Im Ministerium des Innern fand unter dem Vorsitz des Ministerdirektors Geheimrat Dr. Glodner eine Besprechung mit Vertretern der badischen Krankenkassen und der Merzte über die künftige ärztliche Behandlung der Krankenkassenmitglieder statt. Dabei gelangte auf beiden Seiten der Wunsch zum Ausdruck, noch vor dem 1. Januar 1914, also mit dem Inkrafttreten des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung, zu einer Einigung zu kommen, ebenso wurde an die Regierung das Ergehen gestellt, beim Reichsamt des Innern auf die Einleitung von Vermittlungsverhandlungen zwischen den großen Verbänden hinzuwirken, die angeblich auch von Seiten der bayerischen und württembergischen Regierung beabsichtigt sind.

**Die Auswanderung über Bremen** betrug im Oktober 23 482 Personen, darunter 977 Deutsche (im Oktober des Vorjahres 21 462 Personen, darunter 801 Deutsche). In den zehn Monaten seit Beginn des Jahres wanderten 243 285 (im Vorjahr 188 227) Personen, darunter 8805 (8830) Deutsche über Bremen aus.

## Hof- und Personalmeldungen.

**König Friedrich August als Gast des Kaisers.** Der König von Sachsen wird sich Freitagabend 10.15 Uhr von Spillnoien nach Königswinterhausen begeben, um einer Einladung des Deutschen Kaisers folgend, am Sonnabend an der Jagd teilzunehmen.

**Dr. Emanuel Cohn f.** In Frankfurt a. M. starb der Geh. Sanitätsrat Dr. Emanuel Cohn im Alter von 70 Jahren. Er war 26 Jahre lang Vorsitzender des Reichlichen Vereins und Mitbegründer und erster Vorsitzender der Frankfurter Ortsgruppe der Deutschen Kolonialgesellschaft und des dortigen Zweigvereins vom Roten Kreuz.

## Ausland.

### Suertia jögert noch.

London, 6. November.

„Daily Mail“ meldet aus New York vom 5. November: General Suertia hat die Regierung in Washington wissen lassen, daß er auf ihre Aufforderung zum Rücktritt von der Präsidentschaft binnen kurzem eine definitive Antwort geben werde. — Wie man erzählt, hat er die französische Regierung ersucht, zwischen ihm und den Vereinigten Staaten zu vermitteln.

General Carranza bringt in die amerikanische Regierung, das Ausfuhrverbot auf Waffen und Munition aufzuheben, dagegen erklärte sich Carranza absolut gegen eine amerikanische Intervention, die sämtliche mexicanische Parteien gegen die Vereinigten Staaten vereinigen würde. Gegen die Aufhebung des Ausfuhrverbots von Waffen nach Mexiko wird von vielen Kongressmitgliedern geltend gemacht, daß die Mexikaner diese Waffen gegen die amerikanischen Truppen brauchen würden, sobald eine Intervention schließlich doch nicht zu vermeiden wäre.

### Frankreich um Vermittlung ersucht?

Die ausweichende Antwort Huertas auf die Aufforderung Wilsons, sich von der Regierung zurückziehen, die die Werbung, daß Frankreich von der mexicanischen Regierung offiziell erlaubt worden sei, zwischen Washington und Mexiko zu vermitteln, hat großes Aufsehen hervorgerufen. Auf der französischen Botschaft wird erklärt, daß von einem solchen Vermittlungsversuchen nichts bekannt, und daß einer solchen Nachricht wenig Glauben beizumessen sei. Man erklärt es für wenig wahrscheinlich, daß die amerikanische Regierung in der mexicanischen Frage sich auf eine Vermittlung einlassen werde.

Präsident Wilson hat zwar sein Ultimatum an Suertia ergehen lassen, aber die Vorbereitungen zu einem eventuellen militärischen Eingreifen in Mexiko werden mit unvermindertem Nachdruck fortgesetzt. Zunächst werden beträchtliche Seestreitkräfte in den mexicanischen Gewässern versammelt. An der Ostküste, vor Veracruz, liegen bereits acht amerikanische Kriegsschiffe; jetzt werden solche auch an die Westküste geschickt.

**König Ferdinand in Wien.** König Ferdinand von Bulgarien, der in Schloß Ebenthal an der Nordbahn Aufenthalt genommen hat, führt jeden Tag mit dem Automobil nach Wien, wo er tagaus verbleibt und abends nach Ebenthal zurückfährt. Graf Berchtold hat ihm Donnerstag im Schloßpalais einen 14tägigen Besuch abgebetet. Um 2 Uhr wurde der König vom Kaiser Franz Josef in Schönbrunn empfangen.

**Der türkiß-griechische Konflikt.** Die griechische Regierung hofft trotz aller bisherigen Verzögerungen, innerhalb von zehn Tagen die Verhandlungen mit der Türkei auf friedlichem Wege zum Abschluß zu bringen. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, ist die Regierung entschlossen, unverzüglich andere Maßregeln zu ergreifen. — Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Hore ist entschlossen, ein etwaiges Abkommen in Utimatum mit der Ausweisung aller in Utimatum Reich wohnenden Griechen zu beantragen. Ferner werden von Serbien eine Kontraktifizierung für den Fall neuer Feindseligkeiten zwischen der Türkei und Griechenland zu erreichen, gehofft sein. Hierzu wird in französischen Regierungsstellen erklärt: Sollten die türkiß-griechischen Verhandlungen wirklich auf einem toten Punkt gelangt sein, so müßte die unverzüglich einzuberufende Londoner Konferenz die Lösung versuchen.

**Hungarnot im russischen Unruhgeld?** Aus Blagowjenskaja wird gemeldet, daß von den Getreidemärgern überhaupt kein Getreide mehr zu erhalten ist. Alle neuen Anträge werden sofort für die im Bau befindliche Umrahm mit Beschlag belegt. Man befürchtet eine Hungersnot, da die Bevölkerung völlig ohne Getreide ist.

## Halle und Umgebung.

Halle 7. November.

### Ein Vortrag Prof. Ueberhardens in Jena.

Am 2. November 1912 fand in der psychiatrischen Klinik in Jena die 19. Versammlung Mitteldeutscher Psychiater und Neurologen unter dem Vorhabe des Herrn Geh. Rat W. v. Wangerer statt. Es war die außerordentlich fruchtbarste Zahl von über 100 Teilnehmern erschienen. Unter der schätzenswerten Führung der durchweg sehr interessanten Vorträge büßten wohl die Ausführungen des Professors Ueberhardens (Halle), über jene serologischen Untersuchungsmethoden allgemeinen Interesse erregen.

Der Vortragende berichtete zusammenfassend über die Grundlagen seiner Methode und Anschauungen, die weitgehend auf die Möglichkeit ungeschützter Variationen im Bau der Zellen hin. Jede Zelle hat eine besondere Funktion. Es könnte nun sein, daß diese Funktion gestört ist und bestimmte Stoffe dabei nicht genügend abgebaut werden, infolgedessen schädigen auf den Organismus wirken. Gegen diese Abfallprodukte wehrt sich der Organismus durch sogenannte Schutzfermente. Es geht nun bei verschiedenen Krankheiten um die Vermehrung dieser Schutzfermente, welche Gruppen nicht richtig funktionieren. Die ersten Versuche wurden bei der Schwammepilz gemacht an etwa 600 Fällen aus der halle'schen Frauen-Klinik. Es stellte sich dabei heraus, daß die Ueberhardensche Untersuchungsmethode in keinem Falle versagte.

Durch ungeachtete Verleumdungen in etwa 150 bis 200 veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten hat sich die Tatsache nachweisen lassen, daß absolut spezifische Schutzfermente im Blutserum vorhanden sind. Man kann nun mit Hilfe des Ueberhardenschen Dialysierverfahrens und der optischen Methode bestimmte Fermente nachweisen, und daraus den Schluss ziehen, von welchem Organ die Schädigung ausgeht.

Zum Schluß kommt der Vortragende, daß er bereits im Jahre 1909 an dem genannten Institut hat sich 650 Patienten nachweisen lassen, daß absolut spezifische Schutzfermente im Blutserum vorhanden sind. Man kann nun mit Hilfe des Ueberhardenschen Dialysierverfahrens und der optischen Methode bestimmte Fermente nachweisen, und daraus den Schluss ziehen, von welchem Organ die Schädigung ausgeht.

Am Schluß kommt der Vortragende, daß er bereits im Jahre 1909 an dem genannten Institut hat sich 650 Patienten nachweisen lassen, daß absolut spezifische Schutzfermente im Blutserum vorhanden sind. Man kann nun mit Hilfe des Ueberhardenschen Dialysierverfahrens und der optischen Methode bestimmte Fermente nachweisen, und daraus den Schluss ziehen, von welchem Organ die Schädigung ausgeht.

Es gibt ein Korleben nach dem Tode — lautet das Thema eines wissenschaftlichen Vortrages, den Herr Klemmetsch, Hamburg am Mittwoch, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr im Neumarkt-Saal halten wird. Der Vortrag wird durch einige Experimente ergänzt werden. Ueber Herrn Klemmetsch, der die Wissenschaften vor, aus denen es sich herausstellt, daß er ein alter Kenner ist, der seine Subjekte so fesseln versteht. So schreibt der Hamburger Generalanwält: „Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Vortrag brachte eine Fülle interessanter Punkte. Herr Klemmetsch verstand es, seine Hörer durch sein ruhiges, sicheres Auftreten und sein wohlklingendes Organ zu fesseln. Mit seinen durchaus logischen Schlussfolgerungen erregte er die Aufmerksamkeit aller Zuhörer, die sich nicht auf die lauten Beifall ausließen.“ Die Experimente und Vorträge wurden ebenso dankbar aufgenommen.“ Der Kartenverkauf findet in der Musikantenbandlung des Herrn Heinrich Söbhan, G. Ulrichstraße, Halle.

Am ersten Abend des Verthold-Otto-Vereins beschäftigte man sich mit Otilio Babinago und dem Arbeitsplan des Vereins. Die Hauptforderungen Otilio wurden geteilt. Es sollen nach seiner Erklärungen und Unterrichten, möglichst unter Beistand der Eltern, von Schülern höherer Lehranstalten, beprochen werden. Nach Gener Otilio hat willkommen. Versammlungsort: Café Badmetsch, Nächster Abend: 1. Dezember.

**Vereinsgründung.** Im Falle wurde von Vertretern aus fast allen deutschen Bundesstaaten ein „Deutscher Verein zur Förderung der Wissenschaften und Künste“ gegründet. Der Verein stellt sich zur Aufgabe, eine lebendige Verbindung der Wissenschaften zu begründen, insbesondere der höheren Schulen Deutschlands herzustellen, insbesondere den Ausbau des Selbstunterrichts, die Vertiefung des Selbstunterrichts und die Vertiefung der Ständesinteressen durch tatsächliche und ideale Unterweisung innerhalb der deutschen Bundesstaaten auf breiter Grundlage zu fördern. Vorsitzender des Vereins ist: Seminaroberlehrer G. Stöcker, Leipzig-Gö.

**Der Verein für Naturkunde** unternimmt am nächsten Sonntag eine Ausflug nach dem Petersberg. Abfahrt 11.28 Uhr vom Hauptbahnhof (11.39 von Trotha) nach Wallwitz. Gänge sind willkommen.

**Christlicher Verein Emmae-Wänner.** Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr wird Herr Professor Dr. Niehm einen Vortrag halten über das Thema: „Berg und Tal in der Umgegend von Halle“. Jeder junge Mann ist eineladen, der Zutritt frei.

## Predigt-Anzeigen.

27. Sonntag nach Trinitatis (9. November).  
M. v. Franke. Vorm. 10 Uhr Oberst. Prof. Schmidt. 11 1/2 Uhr v. d. Rode, Archid. Abf. 11 1/2 Uhr in der Schloßkirche, Bismarck. Abf. 12 Uhr Archid. Abf. 12 1/2 Uhr.







Die Wahlen in Kurwahlen... Die Wahlen in Kurwahlen...

Berliner Börse, 6. Nov. 1933

Devisenkurs: 1 Fr. 1.16, 100 Fr. 133.10... Wechselkurs...

Main table containing stock market data, including columns for company names, prices, and various market indicators.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or reference.